

# Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden.  
Raben & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Red.:  
Gebr. Krahld, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkadt

**Bezugspreis** einschließlich Bringerlohn monatlich 980.— M., durch die Post bezogen monatlich 980.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 280.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25281.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25281.  
**Geschäftszeit** von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die halbspaltige Nonpareilzeile 75.— M., die halbspaltige Nonpareilzeile 90.— M., auswärts 100.— M., Ausland 500 u. 1000 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 30 M.

Nr. 2

Dresden, Mittwoch den 3. Januar 1923

34. Jahrg.

## Beginn der Pariser Konferenz

In der gestern begonnenen Pariser Konferenz wurden die französischen, englischen und italienischen Pläne von Poincaré, Bonar Law und della Loggia entwickelt.

### Die französische Regierung

legte der Konferenz folgenden Arbeitsplan vor:

1. den Versuch, eine Lösung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden ausfindig zu machen,
2. die Annahme einer bestimmten Politik hinsichtlich der Stabilisierung der Mark und der Reorganisation der deutschen Finanzen,
3. sofortige Beschlüsse über das von Deutschland verlangte Moratorium und die Pläne, deren Vornahme durch die französische Regierung, sowohl um die während der Dauer des Moratoriums noch zu leistenden Zahlungen sicherzustellen, als auch, um einem späteren Versagen Deutschlands vorzubeugen, unerlässlich sei.

Die französische Regierung könne weder Kapital oder Profite der Summen bezahlen, die sie den Alliierten schulde, solange sie nicht zum allergrößten durch deutsche Zahlungen für die bereits gemachten und noch zu machenden Ausgaben für den Wiederaufbau der vertriebenen Gebiete gedeckt sei und diese Ausgaben entsprächen annähernd dem französischen Anteil an den deutschen Obligationen A und B.

Die französische Regierung ist bereit, die deutschen Obligationen C, die sie gegebenenfalls für ihre eigenen Forderungen in Zahlung erhielt, zu annullieren, wenn dieser Modus von den europäischen Mächten insoweit akzeptiert würde und wenn diejenigen unter ihnen, die Währungsreform gleichfalls sich entschließen, die Obligationen C, die ihnen übergeben würden, zu annullieren.

Nach dem

### englischen Plan

hätte Deutschland an die Reparationskommission neue Gutachten in zwei Serien auszufolgen:

1. eine Serie von Gutachten im Betrage von 50 Milliarden Goldmark, die sofort auszustellen wären und für den 31. Dezember 1924 in vollem Betrage zahlbar und in der Zwischenzeit mit 5 v. H. jährlich zu verzinsen sind. Die Verzinsung wäre in den ersten vier Jahren zu Stunden und in den folgenden vier Jahren auf 4 v. H. zu ermäßigen;

2. eine Serie von Gutachten im Betrage von 17 Milliarden Goldmark (der Betrag für die gestundeten Zinsen der ersten Serie) oder ein geringerer Betrag, den ein Schiedsgericht festzustellen hätte. Diese Gutachten wären auf den 1. April 1923 auszustellen. Der volle Betrag wäre 1925 zahlbar. Die Verzinsung würde 5 v. H. pro Jahr betragen. Diese Gutachten sollen nicht auf dem Markte gehandelt werden. Sie dienen ausschließlich als Rechnungsbüchlein. Deutschland hätte also zu zahlen:

1. in den ersten vier Jahren nichts, mit Ausnahme gewisser Naturalieferungen, für die ihm ein Kredit auf das Konto der späteren Zahlungen eingeräumt würde;
2. 2 Milliarden Mark jährlich in den folgenden vier Jahren;
3. 2½ Milliarden in den folgenden zwei Jahren;
4. nach Ablauf dieser zehn Jahre 3½ Milliarden jährlich oder eine kleinere Summe, die ein unparteiisches Schiedsgericht festzusetzen hätte.

In den ersten vier Jahren würden die Sachleistungen, die soweit wie möglich einzuführen wären, vor allem enthalten: Kohle für Frankreich, Rohöl für Italien und, wenn möglich, Farbstoffe. Die Tilgung soll in fünf Jahren stattfinden.

finden. Wenn sich jedoch Deutschland früher der Schulden zu entziehen vermag, wird ihm eine Vergütung bis zu 8 v. H. eingeräumt.

Gegenüber dem

### Deutschen Plan

soll sich die Konferenz einstimmig dahin entscheiden haben, einen mündlichen Vortrag des Staatssekretärs Bergmann nicht zuzulassen. Es wurde jedoch der Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben, schriftliche Vorschläge der deutschen Regierung einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

### Die deutsche Friedenssicherung

Die Mitteilung des deutschen Reichsfinanzministers, den Franzosen sei eine politische Sicherung gegen einen von ihnen befristeten deutschen Angriff angeboten, von Frankreich aber abgelehnt worden, wird von Sabas demontiert: das deutsche Angebot sei durch die in Frage kommende dritte Macht (Sabas nennt Amerika) den Franzosen nicht überreicht und habe infolgedessen von ihnen auch nicht abgelehnt werden können. Außerdem handle es sich nicht um einen ausreichend fest formulierten Vertrag. Demgegenüber ist festzustellen, daß der deutsche Vorschlag durchaus klare und feste Formen gehabt hat. Er ist auch den Franzosen durch seine dritte Macht, über die von unterer Seite aus bestimmten politischen Gründen noch gedankt wird, tatsächlich überreicht worden. Die Franzosen halten sich aber hinter formell verfassungsrechtlichen Gründen verborgen und sind nicht auf diese Vorschläge eingegangen. Die französischen Gegenstände hätten bei einigermaßen gutem Willen auf dem Wege der Befriedigung leicht beseitigt werden können. Die Initiative zu dieser ganzen Aktion, die erst nach der Londoner Konferenz unternommen wurde, ist von deutscher Seite ausgegangen. Die französische Ablehnung ist trotz der gegenseitigen Behauptung von Sabas in so ansehnlicher Form erfolgt, daß neue Schritte in dieser Angelegenheit sich von selbst verbieten.

### Protest der französischen Sozialisten

Die französischen Sozialisten erlassen einen Aufruf: Alles läßt voraussetzen, daß die französische Regierung dem Obersten Rat unter der Bezeichnung Pfänder und Garantien vorzulegen wird, die Hand auf das Indusriefeld an der Ruhr zu legen und eine verstärkte Besetzung auf dem linken Rheinufer herbeizuführen. Es ist zu befürchten, daß die französische Regierung, wenn sie keine Einigung mit ihren Alliierten erzielt, entschlossen ist, die schon jetzt vorbereiteten Sanktionen allein durchzuführen. Betreu der Verpflichtung, die wir auf dem Weltkongress im Haag übernommen haben, erklären wir, dieser Politik der Brutalität und der Abenteuer den entschiedensten Protest der Arbeiter entgegenzusetzen. Die beiden Organisationen fordern einen Schiedspruch durch den Völkerbund.

### Rundgebung der rheinischen Gewerkschaften

Die Gewerkschaften aller Richtungen des Regierungsbezirks Koblenz haben in Koblenz Rundgebungen veranstaltet, in denen sie den schärfsten Einspruch gegen jede sonderbühnerische Bestrafung und gegen jede französische Sonderpolitik erhoben haben.

### Der gestrichelte Lloyd George

Die Rheinlandskommission hat die Enttarnung von Zeitungsaufschlägen befohlen, die Teile der Ausführungen Lloyd Georges gegen die französischen Imperialisten enthielten, weil damit die öffentliche Ordnung gestört und versucht werde, die Alliierten in Gegensatz zueinander zu bringen.

## Der Abwehrkampf gegen den Faschismus

Die Maßnahmen unserer österreichischen Parteigenossen

Die sozialistische Arbeiterklasse ist durch das Erstarken der faschistischen Organisationen geängstigt, dem Faschismus die höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden und diese Seuche mit den geeigneten Mitteln und Abwehrmaßnahmen zu bekämpfen. Der Faschismus ist eine internationale Erscheinung. Er ist die illegale militärische Organisation, die sich in allen Ländern Europas die bäuerliche und städtische Bourgeoisie zu dem alleinigen Zweck geschaffen hat, um die Arbeiterklasse gewaltsam niederzuhalten. Seine höchste Vollendung hat der Faschismus in Italien gefunden. Darum wurde ihm die hohe Ehre zuteil, als Stifter der weltberühmten konterrevolutionären Bewegungen aller Länder zu dienen, gleichwohl, ob sie sich bisher Orgele oder Erwachende Ungarn, Heimwehr, Frontkämpfervereinigungen oder „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ genannt haben. Alle diese Organisationen eint ein Ziel: die Arbeiter wieder zu gehoramen Sklaven zu machen.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat es natürlich nicht nur mit den sogenannten Nationalsozialisten zu tun, sondern mit dem ganzen reaktionären Klüngel, dessen vorgehobener Stoßtrupp die bayerischen Nationalsozialisten bilden. Die deutsche Sozialdemokratie hat diesen Kampf gegen die reaktionären und putschistischen Organisationen durch ihre Gesamtpolitik zu führen, wird aber auch zu besonderen Maßnahmen gegen die faschistische Gefahr bald genug gezwungen werden. Da ist es von Bedeutung, nach Österreich zu blicken und zu beachten, was unsere österreichischen Parteigenossen den speziellen Abwehrkampf gegen den Faschismus führen werden. Julius Deutsch veröffentlichte soeben im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung ein wertvolles Büchlein: Die Faschistengefahr, in dem er auf die Bedrohung auch der österreichischen Arbeiterklasse durch den Faschismus nachdrücklich hinweist. In allen Ländern Österreichs rufen Bauernschaft und Bürgertum fieberhaft. Julius Deutsch erbringt ein erschöpfendes und vielfach bisher unbekanntes Material über die bewaffnete Aufbruch der österreichischen Faschisten. Ihre stärkste Stütze haben sie in Tirol. Die Tiroler Heimwehren sind organisatorisch der bayerischen Orgele angegliedert und stehen völlig unter der Leitung München's. Darüber berichtet Deutsch folgende Einzelheiten:

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 1920 wurde ein vollbeladenes bayerisches Militärauto in Innsbruck festgehalten, das bei einem christlichsozialen Großbauern einen Teil seiner Ladung, die aus 16 Maschinengewehren, Gewehren, Revolvern und Munition bestand, abgab. Am 23. Juni 1920 wurde von der Innsbrucker Arbeiterkraft ein Lastenauto angehalten und zur Polizei gebracht, auf dem sich 485 Gewehre, 29 Pistolen, 2000 Patronen sowie eine Revolvermunition mit der dazugehörigen Munition befanden. Einige Tage später wurde einwandfrei festgestellt, daß sich im Prämonstratenserkloster in Wilten ein Waffenlager der Heimwehren befand. Einigen Heimwehrläuten, die sich nachteilig um die Gewehre aus dem Kloster entfernen wollten, wurden die Waffen abgenommen; es waren Waffen deutscher Herkunft. Am 28. Oktober 1920 beschlagnahmten Eisenbahner in Innsbruck einen von Bayern kommenden Waggon, in dem sich nicht weniger als 71 Pistolen mit Gewehren, Maschinengewehren und bayerischen Uniformen befanden. — Deutsch zählt dann eine Unmenge von Diebstählen auf, die ganze Waffenlager umfassen, aber nie zur Entdeckung der Täter führten, weil die Heimwehrläute bei Offizieren und Mitgliedern der christlichsozialen Landesregierung Helfer hatten. Im Militärlager Ramsach wurden 22 Gewehrgeschütze gestohlen, in Hall 7 Maschinengewehre, 23 Mauerpistolen, anderwärts gewaltige Munitionsmengen. Dies nur als Beispiele. Die faschistische Organisation ist im Besitz gewaltiger Waffenvorräte.

Auch die Heimwehren Salzburgs stehen in enger Verbindung mit den gleichartigen Organisationen Tirols und Bayerns. Der Waffenschmuggel aus Bayern stand gewissermaßen an der Salzburger Grenze auf der gleichen Höhe wie der an den Tiroler Grenzpfosten. In Oberösterreich, Steiermark, Kärnten steht es ähnlich. In Wien wird der Faschismus durch die „Frontkämpfer“ repräsentiert. Sie sind in militärischer Art organisiert und zum Teil auch bewaffnet. An der Spitze steht eine Zentralkommission mit einem Stab ehemaliger und aktiver Offiziere. In jedem Wiener Bezirk besteht eine Bezirksleitung, welche die ihr unterstehende Mannschaft in Sprengeln eingeteilt hat, um sie rascher sammeln zu können. Die Aufmärsche der Frontkämpfer erfolgen stets in militärischer Ordnung, begleitet nach Bataillonen, Kompanien und Bügen. Von Zeit zu Zeit werden Wanderrübungen im freien Gelände abgehalten und größere Marschübungen über Land veranstaltet. Ähnlich wie die Frontkämpfer in Wien sind die Gruppen eines Selbstschützerverbandes organisiert, dessen Wirkungskreis vornehmlich die Städte und Orte Niederösterreichs sind. Auch sie besitzen Waffen, soweit sie nur brauchen. So organisiert das reaktionäre Bürgertum illegale militärische Gewalt gegen die Arbeiterklasse.

Wie kann sich die Arbeiterklasse gegen den Faschismus schützen?

Diese Frage unterjucht nun Julius Deutsch mit aller Gründlichkeit. Reichen die Methoden des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zur Abwehr dieser Gefahr aus? Deutsch findet, daß diese Frage durch die Erfahrungen Ungarns, Italiens, Bayerns schon beantwortet sei. Er schreibt sehr zutreffend:

„Wo es den bürgerlichen Klassen gelang, die materielle Gewalt auf ihre Seite zu bringen, ist das Proletariat schließlich zur Ohnmacht verdammt worden. Gegen die Gewehr

## Vor dem Abbruch in Lausanne

Die Orientkonferenz in Lausanne steht vor dem Abbruch. Das Ringen um den Besitz der Erdölquellen von Mossul hat die Gegensätze zwischen England und der Türkei auf die Spitze getrieben. Die Türkei hat in Entwerfung auf die letzte Note den Alliierten rundweg erklärt, daß sie auf dem Eigentum am Gebiet Mossul bestehen. Eine Antwort durch die Alliierten erfolgte nicht. Lord Curzon reiste vorerst ab und die Konferenz pausiert. Inzwischen verwickeln sich die Gegensätze — und wenn nicht nach in letzter Minute irgendeine bedeutende Wendung eintritt, so scheint der Bruch zwischen England und der Türkei heranzukommen. Die Redaktionen belegen:

London, 2. Januar. Nach den letzten Meldungen an das Auswärtige Amt ist man dort der Auffassung, daß es die Türkei auf den Bruch mit England ankommen lassen will, und daß die Krise, das heißt der Abbruch der Lausanner Konferenz, fast unvermeidlich erscheine. Infolgedessen sind die Mitglieder der englischen Kolonie in Konstantinopel bereits verständigt worden, sich bereit zu halten, die Stadt in vierundzwanzig Stunden nach Auforderung zu verlassen. Bis gestern haben sich etwa fünfzehnhundert englische Staatsangehörige schon eingeschifft, von denen ein Teil in Cherson und Malta landete.

Die weiter gemeldet wird, revidierten in Mossul die türkischen Staatsangehörigen und die türkischen Stämme; sie verlangen, daß das ganze Gebiet von Mossul den Türken zugesprochen werde. Man berichtet auch von Ausschreitungen gegen Engländer; ein Flugzeuggruppen mit den türkischen Luftfahrzeugen wurde verbrannt; außerdem hätten die Türken volle vier Jahrgänge mobilisiert, und zwei weitere sollen folgen.

Konstantinopel, 2. Januar. Die Nationalversammlung in Angora hielt eine sechsstündige geheime Sitzung ab, in der die Alliierten hart kritisiert wurden und in der beschlossen wurde, den Nationalrat aufrechtzuerhalten. Ismet-Pascha

wurde instruiert, in Lausanne auf dieser Forderung zu bestehen und mit jenen Mächten einen Sonderfrieden abzuschließen, die die Aufrechterhaltung des Nationalrats zugestehen.

Nach einer aus Athen kommenden Meldung sollen die Türken beträchtliche Verstärkungen nach der Richtung Mossul entsandt haben. Man spricht von einer Division von 6000 Mann, die bereits unterwegs sein soll.

Nachrichten aus Griechenland besagen, daß in Westgriechen 50 000 bis 100 000 Mann griechischer Truppen angesammelt seien. Die Pariser Blätter melden bereits

### eine neue Kriegsgeschichte im Orient.

Man habe nur die Erklärung, daß es sich darum handle, auf die Türkei einen Druck auszuüben oder daß man aber einen Überfall auf Osttrahen oder Konstantinopel vorbereiten wolle.

## Bund der Sowjetrepubliken

Moskau, 2. Januar. Der 10. Russische Rätekongress hat am 31. Dezember den Entwurf eines Statuts zur Gründung des Bundes der sozialistischen Sowjetrepubliken angenommen. Eine Delegation erhielt die Vollmacht, mit den andern Sowjetrepubliken einen Vertrag über die Bildung des einheitlichen Bundesstaates abzuschließen. Schon am 1. Januar wurde in Moskau der konstituierende Bundeskongress eröffnet. Der Bundesstaatsverfassung steht den einzelnen Sowjetrepubliken volle Selbständigkeit und das Recht aus dem Bund auszutreten. Auf je 100 000 Einwohner entfällt ein Mitglied des Bundeskongresses. Das Bundeszentral-Exekutivkomitee wird auf Grund des Proportionalwahlrechts gewählt und besteht aus 21 Mitgliedern, von denen 170 Vertreter Rußlands sind. Dieses Zentral-Exekutivkomitee des Bundes soll in der Regel dreimal jährlich zusammentreten, kann aber auch von seinem Präsidium zu außerordentlichen Tagungen einberufen werden.